

# Die Geostrategie Europäischer Macht: ‚Grand Area‘

## Ein imperiales Raumkonzept als Rezept fürs Desaster

von Jürgen Wagner

Geostrategie vereint den Einfluss der Geografie auf die Politik (Geopolitik) sowie die Androhung und Anwendung militärischer Mittel zur Erreichung bestimmter Ziele (Strategie). Anders als etwa in den Vereinigten Staaten wurde mit derartigen Begriffen auf EU-Ebene lange allenfalls hinter verschlossenen Türen hantiert.<sup>1</sup> Sie stehen für Machtpolitik und das Denken in Einflussphären und waren deshalb unvereinbar mit dem sorgsam gepflegten Mythos von der ‚Zivilmacht Europa‘: „Die Gründungsphilosophie der EWG, aus der die EG und dann die EU wurden, richtete sich nach innen und entwickelte ein Gegenkonzept zu Geopolitik und zu geostrategischen Dimensionen: Befriedung, Aussöhnung und politische Kooperation durch wirtschaftliche Verflechtung als Antithesen zur Geopolitik und zum Imperialismus.“<sup>2</sup>

Diese ‚geostrategische Abstinenzphase‘ war jedoch nicht einer Aversion gegenüber harter Machtpolitik, sondern der spezifischen Konstellation des Kalten Krieges geschuldet. Gemeint ist hier die – zumindest so empfundene – existenzielle Bedrohung durch die Sowjetunion, der die EU-Staaten allein wenig entgegenzusetzen hatten. Dies machte die Vereinigten Staaten zwangsläufig zur unbestrittenen Hegemonialmacht im westlichen Bündnis. Ohnehin galt darüber hinaus der ‚deutschen Frage‘, der Einbindung des deutschen Machtstrebens, in den Anfangsjahren der Europäischen Union die Hauptaufmerksamkeit, weshalb die ‚innere Integration‘ im Vordergrund stand. Diese „Strukturdeterminanten“ hatten zur Folge, dass (militär-)strategische Fragen auf EU-Ebene lange kaum eine Rolle spielten, sie waren Sache der NATO – und damit vor allem der USA: „Unter den Bedingungen der US-Hegemonie und der Systemkonkurrenz konnte in den Nachkriegsjahren von einer eigenständigen europäischen Strategie keine Rede sein.“<sup>3</sup> Mit dem Untergang der Sowjetunion, dem – schrittweisen – Machtverlust der Vereinigten Staaten sowie der offensiven Ausrichtung der deutschen Militärlpolitik veränderten sich alle bisherigen Rahmenbedingungen ab Anfang der 1990er Jahre grundlegend. Die Gelegenheit für eine dramatische Militarisierung der Europäischen Union war günstig – und sie wurde zielstrebig genutzt.

Allerdings fand diese Entwicklung in einem konzeptionell-strategischen Vakuum statt: die Frage, welcher Globalstrategie (Grand Strategy) die Europäische Union folgt, also welchem Zweck das außen- und vor allem militärpolitische Agieren dient und welche Mittel hierfür in welcher Form zur Anwendung gebracht werden sollen, ist nicht ansatzweise kohärent beantwortet – zumindest nicht in der Öffentlichkeit. Diesbezügliche Versuche, wie die Europäische Sicherheitsstrategie, blieben entweder extrem schwammig oder sie verliefen, wie der Entwurf eines EU-Weißbuchs, im Sande.<sup>4</sup> Insofern verwundert es nicht, dass der Formulierung einer EU-Globalstrategie im akademischen und politischen Diskurs in den letzten Jahren verstärkte Aufmerksamkeit geschenkt wurde und Artikel zum Thema wie Pilze aus dem Boden schossen.<sup>5</sup>

Besonders lautstark greift dabei seit einiger Zeit die ‚Group on Grand Strategy‘ (GoGS) in diese Debatte ein.<sup>6</sup> Der GoGS-Bei-

rat besteht aus Vertretern verschiedener einflussreicher EU-Denkfabriken, wobei im Folgenden in einem ersten Schritt zunächst vor allem die Publikationen der beiden Direktoren, James Rogers und Luis Simón, näher betrachtet werden, die aber stellvertretend für die Positionen der gesamten Gruppe gelten können.<sup>7</sup> Ihr Ziel ist es, eine grundlegende Neuausrichtung der europäischen Außenpolitik einzuleiten. Das Gerede von der

‚Zivilmacht Europa‘ sei Schnee von gestern, „diese alte Vision spricht die Herzen der jungen Europäer nicht mehr an.“ Aus diesem Grund sei es dringend erforderlich, diese „ideologische Leere“ aufzufüllen, indem das Zusammenspiel von Geografie und Macht in Form einer in sich kohärenten Geostrategie ins Zentrum gerückt wird.<sup>8</sup> James Rogers macht keinen Hehl daraus, worin er die Hauptaufgabe einer Geostrategie sieht – in militärgestützter Machtakkumulation: „Das ultimative Ziel einer Geostrategie ist es, Geografie und Politik miteinander zu verknüpfen, um die Macht und die Einflussphäre des heimischen Territoriums zu maximieren. [...] Ein solches Konzept muss von einem subtilen, aber hervorragend aufgestellten Militär unterstützt werden, das darauf abzielt, das Auftauchen möglicher Rivalen zu vereiteln.“<sup>9</sup>

Aus einer Reihe von Befunden leitet die GoGS ein umfangreiches Anforderungsprofil für eine ‚Weltmacht Europa‘ ab. Die Kernforderungen bestehen in der umfangreichen Militarisierung der Europäischen Union, der Etablierung eines imperialen Großraums sowie der Schaffung eines EU-Superstaats, die als Voraussetzungen für eine effiziente Geostrategie deklariert werden (Kapitel 1). Diese Forderungen finden sich in der ein oder anderen Form auch bei zahlreichen weiteren Vertretern des ‚Strategieestablishments‘, weshalb sie für sich genommen keine ausführliche Analyse rechtfertigen würden. Was aber insbesondere James Rogers so ‚interessant‘ macht ist, dass er die verschiedenen Einzelelemente zu einer – zumindest aus seiner Sicht – in sich kohärenten Geostrategie zusammengeknotet und in ein imperiales EU-Raumkonzept überführt hat. Dieser ‚Grand Area‘ genannte imperiale europäische Großraum – schon der Name lässt im Übrigen Böses ahnen (siehe Kasten) – steckt ab, welche Regionen aus geostrategischem Blickwinkel künftig militärisch kontrolliert werden müssen, damit die Europäische Union den anvisierten Aufstieg zur Weltmacht bewerkstelligen kann (Kapitel 2).

Aufgrund von Widerständen weicht die Praxis naturgemäß immer von derartigen idealtypischen Konzepten ab: unterzieht man die GoGS-Geostrategie einem Realitätscheck, so zeigt sich, dass sie keineswegs als Blaupause fungiert, die von der Politik eins zu eins umgesetzt würde. Sie liefert dennoch wichtige Einblicke in den Stand der gegenwärtigen europäischen Strategiedebatte, da die GoGS eine Art ‚Wunschliste‘ und ‚Zielvorstellung‘ formuliert, mit der nach Eigenangaben eine ‚offene‘ Debatte über die Zukunft der EU-Globalstrategie angestoßen werden soll.<sup>10</sup> Tatsächlich will die Gruppe jedoch einen zunehmend selbstreferentiellen, hermetisch abgeschlossenen ‚Expertenrat‘ etablieren, um diesen Diskurs in zunehmendem Maße zu dominieren – und sie ist damit bereits recht ‚erfolgreich‘.

Gleichzeitig wird über diesen Diskurs mit alarmistischen Prognosen ein Handlungsdruck erzeugt, um die Politik zu ‚ermuntern‘, möglichst viele der geostrategisch motivierten Maximalforderungen umzusetzen. Somit eignet sich die GoGS-Geostrategie auch als Folie, die mit der praktischen EU-Militärlpolitik abgeglichen werden kann. Dies ermöglicht Rückschlüsse, inwieweit geostrate-

gische Prämissen das europäische Agieren maßgeblich beeinflussen, aber vor allem auch darauf, worin die Widersprüche und Hindernisse auf dem Weg zur imperialen ‚Weltmacht Europa‘ liegen.

Dabei zeigt sich, dass einige wesentliche Forderungen der GoGS bereits umgesetzt wurden, insbesondere was die Militarisierung der Europäischen Union sowie die Etablierung eines imperialen Großraums anbelangt. Dies lässt darauf schließen, dass die europäische Militärpolitik keineswegs so ad hoc und strategielos agiert, wie ihr dies viele Kritiker immer wieder vorwerfen, sondern geostrategische Motive eine wichtige Rolle spielen. Dabei zeigt sich bei genauerer Betrachtung aber auch, dass diese ‚geostrategische Militarisierung‘ bislang bei weitem noch nicht in dem Ausmaß erfolgte, wie dies die GoGS (und viele andere) für erforderlich halten. Ursächlich hierfür ist die Forderung zur Komplettaufgabe der einzelstaatlichen Souveränität und zur Gründung eines EU-Superstaates. Denn es sind weiterhin Staaten, aus denen sich die Europäische Union zusammensetzt, und diese Staaten (bzw. ihre Konzerne) haben teils sehr gegensätzliche Interessen, was die Bereitschaft für Souveränitätsabtritte an Brüssel extrem verringert - und damit auch eine weitere Militarisierung und die Etablierung eines EU-Großraums erheblich erschwert (Kapitel 3).

Ob diese Interessensgegensätze ohne schwere innereuropäische Konflikte eingeebnet werden können, ist äußerst fraglich. Doch auch wenn dies gelänge: hierdurch würde sich der aggressiv-militaristische Kurs der Europäischen Union lediglich weiter verschärfen und der ohnehin bereits vollzogene Abschied von der ‚Zivilmacht Europa‘ gewissermaßen offiziell amtlich bestätigt: „Über eine europäische Geostrategie nachzudenken bedeutet, Neuland zu betreten. Offen ist, ob es der EU gelingen kann, genuin europäische Interessen zu formulieren. Dies stößt auf zwei Hindernisse: Zum einem muss die EU vermeintlich ‚nationale‘ Interessen überwinden und diese europäisch definieren. Zum anderen muss die EU bereit sein, interessenspolitisch zu denken und gemeinsame außenpolitische Interessen durchzusetzen. Damit verließ die EU endgültig ihre Nische als ‚Zivilmacht‘, um

zum machtpolitisch bewussten Akteur mit internationaler Verantwortung zu werden.“<sup>11</sup> Je zielstrebigere die Europäische Union jedoch dazu übergehen wird, eine auf Machtmaximierung setzende Geostrategie umzusetzen, desto mehr wird sie zur Verschärfung zahlreicher Konflikte beitragen (Kapitel 4).

Hier zeigt sich das wesentliche Defizit des geostrategischen Denkens: wer das staatliche Ringen um Einflussphären als unumstößliche Realität postuliert und zur Grundlage für eigene machtmaximierende Strategien macht, ist ursächlich dafür verantwortlich, diese ‚Wirklichkeit‘ immer neu zu reproduzieren.<sup>12</sup> Die hinter solchen ‚Strategien‘ stehenden (kapitalistischen) Mechanismen und Interessen aufzudecken ist deshalb dringend erforderlich, um geostrategischen Raumkonzepten etwas entgegensetzen zu können, die vor allem eins zeigen: eine extrem verengte Weltsicht.

### 1. Eine Geostrategie gegen den Abstieg

Aus einer Reihe von Befunden postulieren Rogers und Simón die Notwendigkeit für eine ‚Weltmachtrolle Europas‘. Auf dieser Basis wird dann wiederum ein ‚Anforderungsprofil‘ abgeleitet, das seinerseits dann den Nährboden für die Ausarbeitung eines detaillierten geostrategischen Raumkonzeptes darstellt.

#### 1.1 Bestandsaufnahme und Prognosen

##### a) Bedrohte westliche Vormacht

Rogers und Simón teilen wie viele andere die Auffassung, dass die jahrhundertelange Vorherrschaft des Westens heutzutage ernsthaft gefährdet sei: „Da mittlerweile neue Mächte aufsteigen, ist der amerikanische und europäische Einfluss bedroht.“<sup>13</sup> Für sie handelt es sich hierbei um ein Phänomen von wahrhaft historischer Tragweite: „Die Abnahme der westlichen Macht in den letzten Jahren könnte nicht nur das wichtigste Ereignis des vergangenen Jahrzehnts, sondern möglicherweise der letzten vier Jahrhunderte darstellen.“<sup>14</sup>

## ‚Grand Area‘: Unheilige Traditionslinien

Der von James Rogers als ‚Grand Area‘ bezeichnete Großraum ist ein aus der amerikanischen Geopolitik entlehnter Begriff. Er steht für ein Konzept, dessen explizites Ziel darin bestand, Armut und Ungleichheit in der Welt aufrecht zu erhalten. Es wurde detailliert von George F. Kennan beschrieben, der mit seinem ‚Langen Telegramm‘ als Initiator der Eindämmungspolitik gegen die Sowjetunion und der aggressiven US-Politik während des Kalten Krieges galt (von der er sich später distanzierte).

Seine Affinität hierzu untermauert James Rogers nicht nur damit, dass die erste Grundsatzklärung der ‚Group on Grand Strategy‘ mit ‚The new long telegram‘ betitelt wurde, sondern auch dadurch, dass er sein imperiales Raumkonzept begrifflich in die Tradition der amerikanischen ‚Grand Area‘ stellt. „Eine Beschreibung [der ‚Grand Area‘] findet vom führenden Mitarbeiter des Planungsstabes (Policy Planning Staff) im State Department, George F. Kennan statt. Die streng

geheime Schrift Policy Planning Study 23 (PPS/23) vom 28. Februar 1948 besagt, dass die besiegten und besetzten Mächte Deutschland und Japan als Aktivposten einer kapitalistischen Weltordnung wieder aufgebaut werden müssen, was mithilfe der Ressourcen der sog. Dritten Welt geschehen soll. In dieser Weltordnung soll allein der Freihandel und die Dominanz der westlichen Zivilisation vorherrschen.“ Konkret heißt es dann in der PPS/23:

„Wir müssen sehr vorsichtig sein, von unserer ‚Führungsrolle‘ in Asien zu sprechen. Wir betrügen uns und andere, wenn wir vorgeben, eine Lösung für jene Probleme zu besitzen, die die meisten dieser asiatischen Menschen bewegen. Wir besitzen etwa 50 % des Reichtums dieser Welt, stellen aber nur 6,3 % seiner Bevölkerung. Dieser Unterschied ist im Verhältnis zwischen uns und den Völkern Asiens besonders groß. In einer solchen Situation kommen wir nicht umhin, Neid und Missgunst auf uns zu lenken. Unsere eigent-

liche Aufgabe in der nächsten Zeit besteht darin, eine Form von Beziehungen zu finden, die es uns erlaubt, diese Wohlstandsunterschiede ohne ernsthafte Abstriche an unserer nationalen Sicherheit beizubehalten. Um das zu erreichen, werden wir auf alle Sentimentalitäten und Tagträumereien verzichten müssen; und wir werden unsere Aufmerksamkeit überall auf unsere ureigensten, nationalen Vorhaben konzentrieren müssen. Wir dürfen uns nicht vormachen, dass wir uns heute den Luxus von Altruismus und Weltbeglückung leisten könnten... [...] Wir sollten aufhören von vagen — und für den Fernen Osten — unrealistischen Zielen wie Menschenrechten, Anhebung von Lebensstandards und Demokratisierung zu reden. Der Tag ist nicht mehr fern, an dem unser Handeln von nüchternem Machtdenken geleitet sein muss. Je weniger wir dann von idealistischen Parolen behindert werden, desto besser.“ (Auszug aus der Policy Planning Study, Kapitel VII. Far East, Seite 524 zit. nach Wikipedia: Grand Area)

### b) (Teil-)Rückzug der Vereinigten Staaten

Der Machtverlust der Vereinigten Staaten werde Europa in besonderer Weise betreffen, so ein weiterer Befund: „Für die Europäer ist es zentral, dass die im Entstehen befindliche multipolare Ordnung unweigerlich die künftige Macht der USA verringern wird. Dies wird die Amerikaner dazu veranlassen, ihre Kapazitäten stärker auf Regionen zu fokussieren, die für ihre eigenen Interessen von strategischer Bedeutung sind. [...] Die USA werden bereit sein, manchmal auszuhelfen, aber lediglich bis zu einem gewissen Grad: sie sind nicht mehr in der Lage, die Europäer den ganzen Weg mitzuschleppen.“<sup>15</sup> Dabei wird allerdings keinesfalls für einen Bruch mit den USA plädiert – im Gegenteil. Ein enges Bündnis mit den Vereinigten Staaten wird auch künftig als unerlässlich erachtet, um EU-Interessen effektiv durchsetzen zu können. Aus der prognostizierten abnehmenden US-Unterstützung wird jedoch die Notwendigkeit (oder: die Gelegenheit) abgeleitet, dass die Europäische Union auf militärischem Gebiet handlungsfähiger und eigenständiger werden müsse, um die hierdurch entstehende Lücke zu schließen.<sup>16</sup>

### c) Neue Großmachtkonflikte und Rückkehr der Machtpolitik

Seit einigen Jahren mehren sich die westlichen Stimmen, die einer neuen epochalen Konfrontation, einem Neuen Kalten Krieg zwischen ‚Demokratien‘ (USA und EU) und ‚Autokratien‘ (China und Russland) das Wort reden.<sup>17</sup> Auch die GoGS stimmt in diesen Chor mit ein, wenn sie vor „potenziell räuberischen Autokratien“<sup>18</sup> und einem China warnt, „das künftig aggressiver werden wird.“<sup>19</sup> Auf dieser Grundlage wird davon ausgegangen, dass Machtpolitik künftig wieder an Bedeutung gewinnen werde: „Wir sollten uns an Folgendes gewöhnen: ohne eine größere politische Entschlossenheit und Führungsfähigkeit Europas wird die Zukunft möglicherweise mehr wie Europas eigene Vergangenheit aussehen. Eine Welt, in der schiere Macht wichtiger werden wird und in der die etablierten Regeln gebrochen werden, falls oder wenn sie mit den nationalen Interessen der neuen Mächte ins Gehege kommen sollten.“<sup>20</sup>

## 1.2 Anforderungsprofil an eine ‚Weltmacht Europa‘

### a) Abstieg vermeiden – Weltmacht werden – Pazifismus überwinden

Ungeachtet der zuvor beschriebenen eher pessimistischen Aussichten für die Europäische Union, ist aus Sicht der GoGS noch nicht alles verloren: „Wir sind sicher, dass der europäische Niedergang nicht unausweichlich ist.“<sup>21</sup> Hierfür müsse die Europäische Union jedoch „zu einer globalen Macht werden, ausgestattet mit einer einheitlichen Globalstrategie und einem weiten Arsenal militärischer und ziviler Mittel.“<sup>22</sup> Die wesentlichen Stolpersteine auf dem Weg dahin sind schnell ausgemacht: es gelte die „europäische Risikoscheuheit“ ebenso zu überwinden, wie den „wachsenden europäischen Widerstand gegenüber dem Einsatz militärischer Macht.“<sup>23</sup> Der Europäischen Union wird – fälschlicherweise – vorgeworfen, sie verfolge eine „Reinform des ungezügelter Pazifismus.“ Den Einsätzen würde bislang jeglicher „geopolitische Fokus fehlen“, was es zu korrigieren gelte.<sup>24</sup> Es gebe einen „Mangel an interessen geleitetem Denken“, da lediglich „Länder, deren Handlungen von eindeutigen Interessen angeleitet werden, an Boden gewinnen.“<sup>25</sup>

### b) Militarisierung der Europäischen Union

„Die Europäische Union hat die Interessen und Ambitionen einer globalen Macht, aber die Kapazitäten und die Einstellung einer Mittelmacht.“<sup>26</sup> Ohne militärische Schlagkraft ist die Umsetzung einer auf Machtmaximierung abzielenden Geostrategie also unmöglich.<sup>27</sup> Aus diesem Grund beschäftigen sich Mitglieder der GoGS nicht allein mit dem Entwurf einer Geostrategie, sondern auch mit konkreten Vorschlägen zum Ausbau der EU-Militärkapazitäten. So wird etwa ein EU-Rüstungshaushalt, ein EU-Hauptquartier und ein einheitlicher EU-Rüstungsmarkt (der wiederum die Herausbildung eines europäischen Militärisch-Industriellen Komplexes befördern soll) sowie ein einheitlicher Geheimdienst für das europäische In- wie Ausland gefordert.<sup>28</sup> Auch der Soldatenpool für die EU-Eingreiftruppe soll von derzeit ca. 180.000 auf etwa 400.000 Soldaten aufgestockt werden.<sup>29</sup> Um dies zu erreichen sei es erforderlich, „eine neue Ära der europäischen Integration auf Grundlage militärischer Zusammenarbeit einzuleiten.“<sup>30</sup>

### c) Supermacht braucht Superstaat

Ohne den Transfer von nationalen Souveränitätsrechten im Bereich der Außen- und Militärpolitik auf die europäische Ebene werde jedoch die ‚Weltmacht Europa‘ ein Wunschtraum bleiben, so eine weitere Kernaussage. Der Grund: „die alten europäischen Nationalstaaten sind nicht mehr länger groß genug, um ihrer Stimme in einer sich schnell verändernden Welt Gehör zu verschaffen. Der beste Weg, um die Werte, die diesen Nationen wichtig sind, zu beschützen, besteht in größeren und mächtigeren Zusammenschlüssen. [...] Kurz gesagt, die Europäische Union muss ein Superstaat und eine Supernation werden, was sie dann wiederum in die Lage versetzt, eine Supermacht zu werden.“<sup>31</sup> Auf die vielfachen Implikationen, die mit einer derartigen Forderung einhergehen und die auch erheblichen innereuropäischen Sprengstoff bergen, wird weiter unten noch einmal gesondert eingegangen. Jedenfalls wird das Zusammenwachsen im Inneren als unerlässliche Vorbedingung für die Machtprojektion nach Außen erachtet: „Die Verbesserung und weitere Integration des europäischen Heimatlandes [homeland] wird die Europäische Union als Machbasis stärken, was wiederum im Sinne [des US-Geopolitikers] Mahan dazu genutzt werden kann, ausländischen Regierungen das Fürchten zu lehren und sie gegenüber europäischen Präferenzen aufgeschlossener zu machen.“<sup>32</sup>

## 2. Imperiales Raumkonzept: ‚Grand Area‘

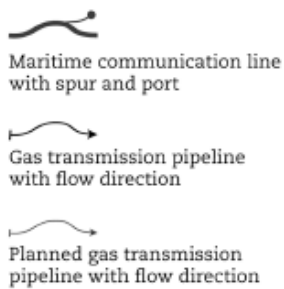
Die von James Rogers vorgelegte ‚Geostrategie europäischer Macht‘ ist in dieser Form bislang einzigartig und ermöglicht einen Einblick, wie sich die Definition von Interessen und wichtigen Regionen in ein imperiales Raumkonzept übersetzt.<sup>33</sup>

### 2.1 Die Kartografie des EU-Imperiums

Mit dem von James Rogers definierten europäischen Großraum, der ‚Grand Area‘, legt der Geostratege nicht weniger als die Kartografie eines ‚Imperium Europa‘ vor. Es umfasst große Teile Afrikas, die ölreiche kaspische und zentralasiatische Region und den Mittleren Osten, reicht aber auch bis weit nach Ostasien, wo es gilt die Schifffahrtsrouten zu kontrollieren (siehe Grafik). Konkret sollen Länder und Regionen in die ‚Grand Area‘ integriert werden, die folgendes ‚Anforderungsprofil‘ erfüllen:

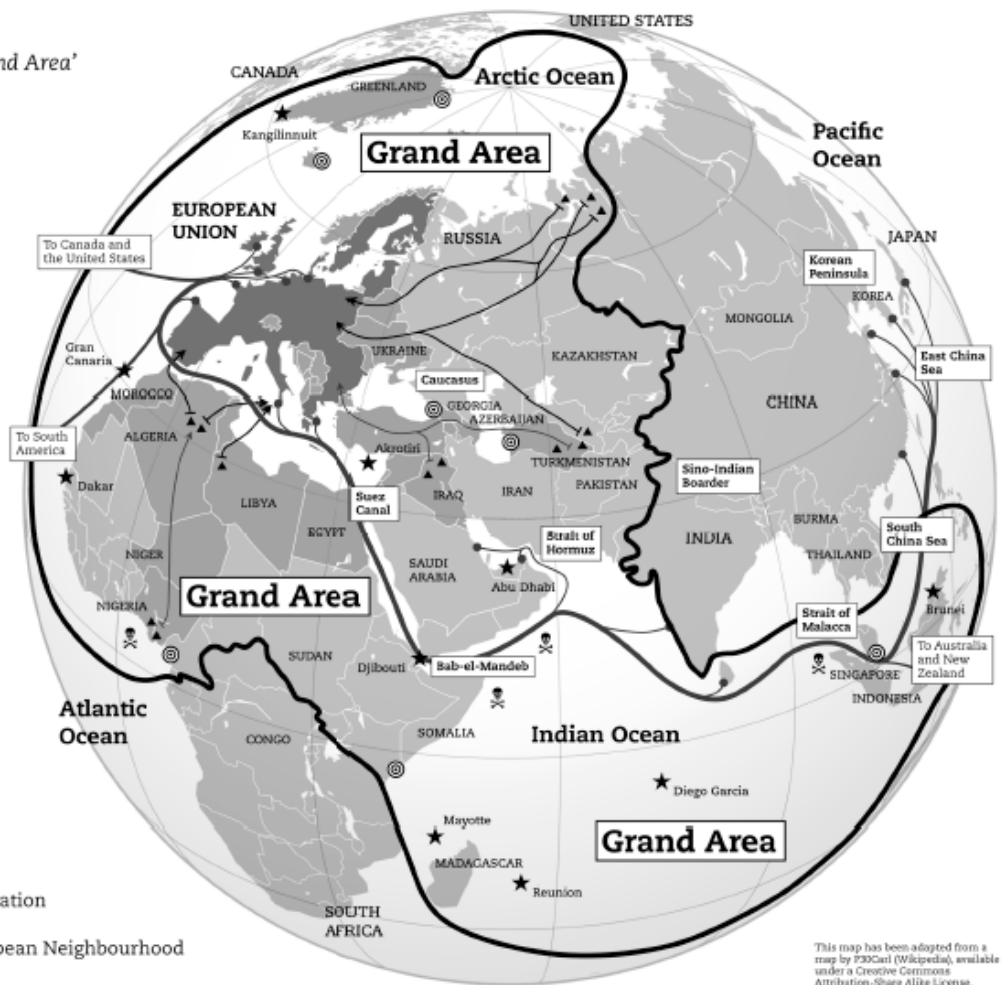
**Map 1**

The European Union and the 'Grand Area'



**Caucasus**  
Strategic flashpoint or strategic chokepoint

- Gas producing region
- Pirate infestation
- European military station
- Suggested European military station
- Countries in an extended European Neighbourhood



This map has been adopted from a map by F3DCarl (Wikipedia), available under a Creative Commons Attribution-Share Alike License.

*Großraum-Ansatz des Geopolitikers James Rogers.*

James Rogers, *A New Geography of European Power*, Egmont Paper 42, January 2011, S. 25

„Aus einem geopolitischen Blickwinkel muss diese Zone fünf Kriterien genügen: Sie muss

1. über alle grundlegenden Ressourcen verfügen, die notwendig sind, um die europäische industrielle Produktion und künftige industrielle Bedürfnisse zu decken;
2. alle wesentlichen Handelsrouten, insbesondere Energie-Pipelines und maritime Schifffahrtsrouten aus anderen Regionen ins europäische Heimatland einschließen;
3. so wenig wie möglich geopolitische Problemfälle enthalten, die zu einer Disintegration der Region führen und damit die künftige wirtschaftliche Entwicklung Europas schädigen könnten;
4. die geringste Wahrscheinlichkeit einer relevanten Beanspruchung durch andere mächtige ausländische Akteure im Vergleich zu ihrer Bedeutung für die europäische Wirtschaft und ihre geopolitischen Interessen aufweisen;
5. eine Region sein, die die Europäische Union am kosteneffektivsten durch eine Ausweitung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik verteidigen kann.“<sup>34</sup>

**2.2 Imperium der Militärbasen**

Ganz ähnlich wie die offizielle Argumentation für das US-amerikanische „Imperium der Militärbasen“<sup>35</sup>, betont auch Rogers in

kaum zu überbietendem Zynismus die „präventive Dimension militärischer Macht.“<sup>36</sup> Die ‚Grand Area‘ soll mit einem dichtmaschigen Netz aus europäischen Militärbasen überzogen und so unter Kontrolle gebracht werden, um so ‚renitentes‘ Verhalten im Keim zu ersticken: „Das Konzept der ‚Grand Area‘ würde versuchen, diese Länder in ein dauerhaftes EU-geführtes System zu integrieren, das durch Militärbasen, bessere Kommunikationslinien und engere Partnerschaften abgesichert wird – eine europäische Vorwärtspräsenz, um die Notwendigkeit sporadischer Interventionen zu reduzieren.“<sup>37</sup> Mit diesem Militärbasennetz soll vor allem folgenden beiden Zielen Nachdruck verliehen werden: „erstens, ausländische Mächte davon abzuhalten, sich in Länder in der größeren europäischen Nachbarschaft einzumischen; und zweitens Halsstarrigkeit und Fehlverhalten auf Seiten der lokalen Machthaber vorzubeugen.“<sup>38</sup> Konkret wird darauf hin die Errichtung einer ganzen Reihe neuer Basen vorgeschlagen: „Neue europäische Militäranlagen könnten im Kaukasus und Zentralasien, der arktischen Region und entlang der Küstenlinie des indischen Ozeans benötigt werden. Das Ziel dieser Einrichtungen wäre es, [...] eine latente aber permanente Macht innerhalb der ‚Grand Area‘ auszuüben.“<sup>39</sup>

In mehreren, viel beachteten Studien präzisierte James Rogers zusammen mit Luis Simón diese Überlegungen für den Bereich einer maritimen EU-Geostrategie noch weiter.

## 2.3 Maritime Geostrategie

Die Europäische Union selbst verfügt gegenwärtig über keine offiziellen Militärbasen im Ausland – wohl aber einige ihrer Mitgliedsstaaten. Derzeit unterhält Frankreich Militärstützpunkte in 28 Ländern, Großbritannien in 29, Deutschland in 12, Italien in 5 und Spanien in 2 Staaten.<sup>40</sup> Aus Sicht von James Rogers und Luis Simón tragen diese Basen derzeit jedoch (zu) wenig zur Verbesserung der EU-Fähigkeiten zur Machtprojektion bei. Extrem aufschlussreich ist diesbezüglich ihre Studie im Auftrag der für Außen- und Sicherheitspolitik zuständigen Generaldirektion E des Europäischen Rates, die anschließend auch vom *Institute for Security Studies* der EU in abgewandelter Form veröffentlicht wurde.<sup>41</sup> Die Ergebnisse und Politikvorschläge wurden anschließend sowohl dem Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung (SEDE) des Europäischen Parlaments als auch der damaligen schwedischen Ratspräsidentschaft vorgestellt.

Ausgangspunkt der Überlegungen ist erneut die Annahme, es werde künftig zu einer massiven Zunahme geopolitischer Auseinandersetzungen zwischen den Großmächten kommen: „In einer zunehmend multipolaren Welt ist eine erneute Fokussierung auf diese Militärbasen eine dringende europäische Priorität, insbesondere in einer Phase zunehmender geopolitischer Rivalitäten entlang der eurasischen Küstenlinie.“<sup>42</sup> Hierauf aufbauend wird gefordert, die Europäische Union müsse nun ihrerseits eine offensive Macht- und Militärpolitik betreiben, um sich im Gerangel der Großmächte behaupten zu können: „Die Europäische Union muss die kontinentale Vorherrschaft anstreben, indem sie Luft- und Seemacht von Militärstützpunkten innerhalb des EU-Territoriums in die maritimen Randgebiete an den EU-Küstengebieten projiziert.“<sup>43</sup> Hierfür sei jedoch die Nutzung vor allem der französischen und britischen Basen unerlässlich: „Die Militärbasen der Mitgliedsländer haben eine Schlüsselrolle, um den ökonomischen, politischen und militärischen Einfluss Europas zu bewahren.“<sup>44</sup> Ferner würden die Basen benötigt, um „unsere zunehmend gefährdeten Energielieferungen an Öl und Flüssiggas auf dem Seeweg vom Mittleren Osten zu beschützen.“ Schließlich liege der ‚Vorteil‘ dieser Basen darin, „ein System der Vorwärtspräsenz für Interventionen auf dem afrikanischen Kontinent bereitzustellen.“<sup>45</sup>

Hieraus leitet sich wiederum die bereits angedeutete Kernforderung ab, sich durch eine Europäisierung bislang nationalstaatlicher Anlagen ein dichtmaschiges Netz an Militärbasen zur globalen Machtprojektion zu verschaffen: „Die Europäer müssen ihre überseeischen Militärbasen integrieren, um so eine umfassende globale Präsenz der Europäischen Union zu gewährleisten und ihre Vorwärtspräsenz zu maximieren und so zum Weltfrieden beizutragen.“<sup>46</sup>

## 3. Geostrategie: Realitätscheck

Es liegt nahe, Rogers und seine GoGS-Mitstreiter als hirnverbrannte Spinner abzukanzeln – zu Recht. Leider würde man es sich damit jedoch zu einfach machen. Die Gruppe ist, sowohl was ihre Verankerung im ‚Denkfabrikestablishment‘ als auch ihre Vernetzung mit der Politik anbelangt, hervorragend aufgestellt, um den derzeitigen (und künftigen) Strategiediskurs maßgeblich zu prägen – und sie ist auch zuversichtlich, dass ihr dies gelingen wird. Insofern sollte es nicht verwundern, dass die Politik der EU in wesentlichen Bereichen der geostrategischen GoGS-Rezeptur zu folgen scheint – allerdings nur bis zu einem gewissen Grad, was wiederum den Blick dafür schärft, worin die wesentlichen Schwierigkeiten auf dem Weg zu einer ‚Weltmacht Europa‘ liegen.

## 3.1 Strategische Deutungshoheit – check!

Ziel der GoGS ist es, den künftigen Strategiediskurs maßgeblich beeinflussen zu können, indem nach US-Vorbild ein selbstreferentieller, in sich abgeschlossener ‚Expertenzirkel‘ etabliert wird, der an einige wenige Denkfabriken angedockt ist: „Diese Zentren formen das strategische Denken über die europäische Strategie und Sicherheit; und, bis zu einem gewissen Grade, arbeiten sie auch mit denselben Experten. [...] Dies ähnelt sehr den amerikanischen Erfahrungen bei der Entwicklung der wesentlichen Elemente von Washingtons Globalstrategie während des Kalten Krieges. Analysten wie Zbigniew Brzezinski, Henry Kissinger, Thomas Schelling, Albert Wohlstetter, Kenneth Waltz, Herman Kahn, usw. reisten herum und suchten Anschluss an die bekanntesten und einflussreichsten Denkfabriken und Universitäten. Mit der Zeit kristallisierte sich aufgrund von personellen Überschneidungen ein ‚innerer Zirkel‘ heraus, dessen Mitglieder damit begannen, sich gegenseitig zu beeinflussen und ausführlich zu zitieren, was zu einem ‚Kernbestand an Literatur‘ über amerikanische Strategie führte. [...] Europäische Strategen tendieren dazu, dies nachzuahmen: ein ‚innerer Zirkel‘ existiert inzwischen und seine Mitglieder zitieren sich gegenseitig recht ausführlich. Personelle Überschneidungen existieren – genau wie im amerikanischen Beispiel. Es gibt eine lebhafte Debatte über europäische Strategie, die hilfreich ist, ein neues Konzept für die europäische Sicherheit voranzubringen. Langsam entsteht ein Konsens über bestimmte strategische Fragen, wobei die wesentlichen Grundsteine einer neuen europäischen strategischen Kultur gelegt werden, zumindest was den intellektuellen Bereich anbelangt.“<sup>47</sup>

Zugang zur ‚Strategie-In-Group‘ erhält also, wer mit den relevanten europäischen Denkfabriken vernetzt ist. Die GoGS bezeichnet – wohl zu Recht – als wichtigste ‚Schaltstellen‘ das *Egmont Institute*, den *European Council on Foreign Relations*, das *Centre for European Reform*, das *European Union Institute for Security Studies* und das *Centre for European Policy Studies*. Weiter werden die *Bertelsmann Stiftung* und die *Stiftung Wissenschaft und Politik* sowie das *Institute for International Relations* aufgeführt.<sup>48</sup> Ein Blick auf den Beirat und die jeweiligen Publikationslisten genügt, um herauszufinden, dass die GoGS-Mitglieder in nahezu allen diesen Institutionen präsent und demzufolge bestens vernetzt sind (siehe Kasten S. 6).

Natürlich sind sich auch immer wieder einige abweichende Meinungen anzutreffen, dennoch lässt sich feststellen, dass die meisten Grundannahmen und Politikvorschläge aus Reihen der GoGS sowohl im gegenwärtigen Strategiediskurs als auch bei EU-Entscheidungsträgern omnipräsent sind.<sup>49</sup> Insofern scheint die GoGS-Einschätzung zuzutreffen, dass sich derzeit eine Art ‚strategischer Konsens‘ herauskristallisiert, der in zunehmendem Maße die EU-Politik bestimmen soll: „Solch ein Konsens könnte die Politikgestaltung beeinflussen und anleiten und die Sichtweise von Entscheidungsträgern formen. Das ist der Kern davon, über einen ‚inneren Zirkel‘ europäischer Strategen zu verfügen – bis zu einem gewissen Grad gestalten sie diesen Prozess, was – mit Blick auf die künftige europäische Außenpolitik – ein überaus positives Zeichen ist.“<sup>50</sup>

Im Folgenden soll deshalb nun betrachtet werden, inwieweit die Forderungen der GoGS – EU-Militarisierung, Etablierung eines imperialen Großraums und die Schaffung eines EU-Superstaates – tatsächlich Niederschlag in der praktischen Politik finden.

## 3.2 Militarisierung – check?

Bereits unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges wurde mit dem Vertrag von Maastricht die Gemeinsamen Außen- und



Sicherheitspolitik (GASP) aus der Taufe gehoben. Die offizielle Geburtsstunde für die Militarisierung der Europäischen Union war jedoch der Ratsgipfel in Köln im Juni 1999. Auf ihm wurde die grundsätzliche Entscheidung getroffen, eine EU-Eingreiftruppe für globale Kriegseinsätze aufzustellen. Ein halbes Jahr später wurde auf dem Folgetreffen in Helsinki vom 10. bis 12. Dezember mit dem ‚Headline Goal‘ die Zielgröße dieser Truppe ausgegeben: 60.000 Soldaten (was aufgrund der erforderlichen Rotation und logistischen Unterstützung einem Gesamtumfang von zirka 180.000 Soldaten entspricht). Bereits im Jahr 2003 folgten erste Einsätze, die seither an Zahl und Umfang ständig zunehmen – bis heute fanden bereits 24 Operationen im Rahmen der so genannten Gemeinsamen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) statt. Es ist demzufolge also unbestreitbar, dass eine umfassende Militarisierung der Europäischen Union stattgefunden hat, eine Auffassung, die auch von James Rogers geteilt wird: „Kurz gesagt: seit den späten 1990ern hat sich die Europäische Union von der ‚Zivilmacht‘ (oder ‚normativen Macht‘) mit ihrem Fokus auf die innere Entwicklung wegbegeben und begann eine globale Macht zu werden.“<sup>51</sup>

Allerdings geriet der EU-Militarisierungsprozess in jüngster Zeit erheblich ins Stocken. Schon 2008 kritisierte etwa Nick Whitney, ehemals Leiter der EU-Rüstungsagentur, die Europäische Union bleibe weit hinter ihrem Ziel zurück, effektive militärische Machtprojektion leisten zu können.<sup>52</sup> Inzwischen überwiegt auf Seiten der Militarisierungsbefürworter eher Ernüchterung ob der weiter existierenden ‚Defizite‘ in diesem Bereich: „Bis zum heutigen Tag wurden die ursprünglichen Ziele der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht umgesetzt. Die europäischen Militärpläne wie das Headline Goal 2003 und das Headline Goal 2010 bleiben unerfüllt.“<sup>53</sup> An Vorschlagskatalogen, wie diesem ‚Defizit‘ abgeholfen werden könnte, mangelt es nicht und die konkreten Forderungen sind dabei mehr oder weniger in jedem Papier dieselben wie die der GoGS.<sup>54</sup> Bei soviel Einigkeit stellt sich damit also unweigerlich die Frage, weshalb in den letzten Jahren verhältnismäßig geringe Militarisierungsschritte erzielt wurden.

Ein wesentlicher Grund hierfür<sup>55</sup> dürfte darin liegen, dass die Nationalstaaten für weitere ‚Fortschritte‘ im EU-Militarisierungsprozess bereit sein müssten, der GoGS-Forderung nachzukom-

men, ihre bislang nahezu uneingeschränkte Kontrolle über die Außen- und Sicherheitspolitik deutlich stärker als bislang auf die EU-Ebene zu übertragen. Hierfür existiert aber augenscheinlich immer weniger Bereitschaft. Auch James Rogers und Luis Simón sehen den EU-Militarisierungsprozess deshalb gegenwärtig in einer schweren Krise.<sup>56</sup> Ihre Forderung, die ‚Militarisierungskrise‘ durch einen massiven Integrationsschub zu überwinden, ignoriert jedoch die Tatsache, dass ein wesentliches Hindernis hierfür die zunehmenden Interessenskonflikte zwischen Großbritannien und Frankreich einerseits und dem immer ‚ambitionierter‘ auftretenden Deutschland andererseits ist. Diese sich verhärtenden Konfrontationslinien verringern die Bereitschaft zu weiteren Souveränitätsabtritten an Brüssel.<sup>57</sup>

### 3.3 Imperialer Großraum – check?


Das imperiale Konzept von James Rogers entstand selbstredend nicht im luftleeren Raum. Direkt rekurriert er etwa auf die Arbeiten von Robert Cooper<sup>58</sup>, dem wohl einflussreichsten Propagandisten eines ‚Imperium Europa‘.<sup>59</sup> Seine ‚Grand Area‘ ähnelt darüber hinaus auch dem von Mark Leonard, dem Chef des einflussreichen *European Council on Foreign Relations*, als ‚Eurosphere‘ bezeichneten imperialen Großraum.<sup>60</sup> Überhaupt ist es seit einigen Jahren wieder chic, von einem ‚Imperium Europa‘ zu reden<sup>61</sup>, selbst hohe EU-Politiker wie der ehemalige Erweiterungskommissar Olli Rehn und EU-Kommissionschef Jose Manuel Barroso bedienen sich mittlerweile ohne falsche Scheu dieser Begrifflichkeit.<sup>62</sup>

Und tatsächlich, bereits im November 2002 wurden die Arbeiten an einem EU-Raumkonzept – das öffentlich natürlich nicht als solches bezeichnet wird – aufgenommen, das der ‚Grand Area‘ verdächtig ähnelt. Dies führte schließlich zur Veröffentlichung des ‚Wider-Europe-Papiers‘ der EU-Kommission im März 2003. In ihm wird das Ziel ausgegeben, einen „Ring befreundeter Staaten“ aus gegenwärtig 16 Ländern südlich und östlich der EU zu schaffen. Damit war erstmals der Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) abgesteckt, die ein Jahr später auch offiziell so umbenannt wurde<sup>63</sup> und einen klassischen imperialen Großraum bildet: „Auf die Feinheiten der Europäischen Nachbarschaftspolitik kommt es hier nicht an, sondern auf die Feststel-

lung, dass Europa, von seinen eigenen Bürgern fast unbemerkt, bereits eine imperiale Politik des ‚Größeren Europa‘ betreibt; und dass es dabei das typische Merkmal aller Imperien entwickelt, nämlich eine Asymmetrie und ein Spannungsverhältnis zwischen Zentrum und Peripherie.“<sup>64</sup>

Die Kontrolle des südlichen und östlichen Nachbarschaftsraums wird wiederum als Vorbedingung für Europas Aufstieg zur Weltmacht erachtet, wie etwa GoGS-Beirat Thomas Renard betont: „Selbstverständlich muss die EU sich als Macht in ihrer eigenen Region etablieren, wenn sie eine globale Macht werden will.“<sup>65</sup> Die Bereitschaft, als „imperiale Stabilisierungsmacht“<sup>66</sup> für die Aufrechterhaltung der ‚Ordnung‘ im eigenen Großraum zu sorgen, ist somit eine wesentliche Bedingung für die Umsetzung einer ‚Grand Area‘ – und der Libyen-Krieg war hierfür ein entscheidender Lackmuestest.

Zunächst gilt es dazu festzuhalten, dass die revolutionären Umbrüche in Nordafrika aus geostrategischer Sicht sowohl eine Bedrohung für die dortigen europäischen Interessen darstel-



**Direktoren**

**James Rogers:** Arbeitet gegenwärtig für die RAND Corporation. Zuvor unter anderem für das *European Union Institute for Security Studies* (EUISS), den *European Council on Foreign Relations*, das *Egmont Institute* und die *Alternatives Foundation* tätig.

**Luis Simón:** Gegenwärtig Koordinator für Sicherheits- und Verteidigungspolitik bei der *Alternatives Foundation*. War zuvor u.a. für das EUISS, das *Royal United Services Institute* und das *Egmont Institute* tätig.

**Beirat**

**Sven Biscop:** Egmont Institute; **Jo Coelmont:** Egmont Institute; **Giovanni Grevi:** Foundation for International Relations (früher u.a. beim EUISS); **Eva Gross:** Institute for European Studies (früher u.a. EUISS); **Jolyon Howorth:** Jean Monnet Professor of European Politics, Yale University; **Alexander Mattelaer:** Institute for European Studies; **Alister Miskimmon:** University of London; **Thomas Renard:** Egmont Institute; **Stefani Weiss:** Bertelsmann Stiftung

len, gleichzeitig aber auch die Chance eröffnen, die Region stärker unter Kontrolle zu bringen, weshalb das vorrangige Ziel darin besteht, die weitere Entwicklung in ‚genehme‘ Bahnen zu lenken. Hierfür bot sich mit dem Krieg gegen Libyen eine willkommene Gelegenheit. Es gehe nicht nur um „maritime Handelsrouten“, auch „Pipelines könnten in Mitleidenschaft gezogen werden“, so James Rogers in einem frühen Plädoyer für ein militärisches Eingreifen. Vor allem aber biete sich nun der Europäischen Union die Gelegenheit, sich als imperiale Ordnungsmacht im Nachbarschaftsraum profilieren zu können: „Brüssel (und die Mitgliedsstaaten) muss sich von alten Ansätzen verabschieden und sich einer pro-aktiveren und energischeren Politik zuwenden, die darauf abzielt, den südlichen und östlichen Mittelmeerraum mehr entlang unserer Präferenzen zu gestalten.“<sup>67</sup>

Beim Libyen-Krieg ging es demzufolge weniger um Öl oder andere ‚profane‘ Interessen (wiewohl diese sicherlich auch eine Rolle gespielt haben<sup>68</sup>), sondern primär darum, die Kontrolle über die Region zurückzuerlangen, wie James Rogers verdeutlicht: „Über Libyen hinaus, ist die Zukunft der Europäischen Nachbarschaft noch offen. Die Europäer müssen ein strategischeres und zukunftsorientiertes Konzept für ihre Südliche Nachbarschaft, einschließlich des Mittleren Ostens, entwickeln. Diese Regionen, nicht zuletzt die Levante, sind – zusammen mit der Östlichen Nachbarschaft – von zentraler Bedeutung für Europas Sicherheit. [...] Was dies an ‚konkreten Politiken‘ bedeutet, ist noch unsicher: zumindest bedeutet es aber ein hohes Maß an Kontrolle über egal welche Regierungen zu behalten, die aus den Trümmern der Revolutionen hervorgehen, indem ihre Integration in die europäische Nachbarschaft ermutigt wird. Brüssel muss sich stärker damit befassen, wie eine neue Geografie europäischer Macht etabliert werden kann – und zwar schnell.“<sup>69</sup>

Im Einklang mit den Prognosen legten die USA im Libyen-Krieg erstmals wenig Interesse an den Tag, die Führung übernehmen zu wollen – er wäre somit aus Sicht der GoGS für die Europäische Union der ‚ideale Fall‘ gewesen, um sich zu profilieren: „Die Krise in Libyen ist wie gemalt für eine Situation, in der Europa durch die Europäische Union die Führung hätte übernehmen sollen, um sich als konsequenter Akteur zu beweisen.“<sup>70</sup> Doch die deutsche Ablehnung, sich am Krieg (direkt<sup>71</sup>) zu beteiligen – zwischenzeitlich war wohl sogar ein ablehnendes Votum erwogen worden<sup>72</sup> – machte es unmöglich, ihn unter EU-Flagge zu führen. Zwar übernahmen mit Frankreich und Großbritannien zwei europäische Länder die Führung, allerdings erfolgte der Krieg im Namen der NATO. Die Tragweite ist schwerlich zu überschätzen: „Frankreich und Deutschland (‚Europas Motor‘) haben sich öffentlich und frontal in einer großen Sicherheitskrise in Europas Nachbarschaft entzweit. Frankreich und Großbritannien schlossen sich zusammen und übernahmen die politische und militärische Führung einer Koalition, deren Handlungen von Deutschland öffentlich abgelehnt wurden.“<sup>73</sup>

Für James Rogers und Luis Simón ist diese deutsche „Eigensinnigkeit“ ein großes Ärgernis, da sie darauf hindeute, dass „Deutschland sich sowohl vom atlantischen als auch vom europäischen Mainstream wegbewegen könnte.“<sup>74</sup> Aus ihrer Sicht muss den deutschen Alleingängen eine starke französisch-britische Achse entgegengesetzt werden: „Deutschland hat damit begonnen, sich geltend zu machen. [...] Aber die Wiederauflage der ‚Entente‘ zwischen Frankreich und Großbritannien im Jahr 2010 legt der deutschen Macht Fesseln an. Angesichts der Größe ihrer kombinierten Macht ist es wahrscheinlich – sollten sie ihre Karten richtig ausspielen –, dass es Großbritannien und Frankreich und nicht Deutschland sein werden, die als Anführer der Europäischen Union wieder auftauchen.“<sup>75</sup>

### 3.4 Supermacht durch Superstaat – fail!

Unmissverständlich macht die GoGS klar, dass nur ein EU-Superstaat in der Lage sein wird, ihre Agenda umzusetzen. Allerdings stellt sich die Frage, wie dies angesichts der sehr unterschiedlichen Interessenlage zwischen Großbritannien und Frankreich auf der einen und Deutschland auf der anderen Seite möglich sein soll. Zwar traten diese Divergenzen im Libyen-Krieg am offensten zu Tage, sie stellten jedoch lediglich die Spitze des Eisbergs dar: „Dieser Zwist ist kein Zufall, sondern das Ergebnis tiefgehender wirtschaftlicher und politischer Gegensätze zwischen Deutschland und Frankreich sowie einer fortgeschrittenen Krise der Europäischen Union.“<sup>76</sup>

Die Wirtschafts- und Währungsunion und die dazugehörigen Stabilitätskriterien wurden komplett nach deutschen Präferenzen modelliert, mit dem Resultat, dass nicht nur mittlere und kleinere Staaten wie Griechenland, sondern auch Frankreich und Großbritannien der deutschen Exportoffensive nichts entgegenzusetzen hatten und massiv an Boden verloren.<sup>77</sup> Anstatt dieser Entwicklung entgegenzusteuern – etwa durch eine massive Förderung des Binnenkonsums in Form höherer Löhne –, versucht Deutschland sogar die sich mit der Eurokrise bietende Gelegenheit zu nutzen, um seine wirtschaftliche Macht in politische Macht umzumünzen und recht unverblümt die Vormachtstellung in der Europäischen Union für sich zu beanspruchen.

Regelrechte Schockwellen hat in diesem Zusammenhang der Umgang mit den – nicht zuletzt aufgrund der deutschen Politik – in die Krise geratenen Euroländern ausgelöst.<sup>78</sup> In vormalig nicht gekannter Weise tritt dabei seit etwa Frühjahr 2010 ein deutscher Dominanzanspruch zu Tage: „Die Bundeskanzlerin Angela Merkel nutzte die europäische Währungskrise, um die finanzpolitischen Weichen in der Eurozone in Richtung auf ein deutsches Europa umzustellen.“<sup>79</sup> Im führenden außenpolitischen Magazin Deutschlands wurde zufrieden festgehalten, Merkel sei im Zuge der Euro-Krise zur „europäischen Kanzlerin“ geworden: „In der erweiterten EU mögen viele murren über die deutschen Wünsche bei der Stabilisierung des Euro. Aber Merkel hat nun eine Art ‚Richtlinienkompetenz‘ im Kreis der 27 Staats- und Regierungschefs bekommen.“<sup>80</sup> Romano Prodi, ehemaliger italienischer Ministerpräsident und Ex-EU-Kommissionschef, beschreibt die neue europäische Hackordnung folgendermaßen: „Früher war es so, dass Frankreich die politische und Deutschland die ökonomische Führung innehatte. Jetzt entscheidet die Dame (Kanzlerin Angela Merkel) und (der französische Präsident) Sarkozy hält eine Pressekonferenz, um ihre Entscheidungen zu erklären.“<sup>81</sup>

Folgerichtig zeigt Deutschland in den letzten Jahren immer weniger Neigung, den Pfad in Richtung EU-Superstaat einschlagen zu wollen<sup>82</sup> – es sei denn, er würde unter deutscher Kontrolle beschritten. Deutschland hat damit mehr oder minder offen einen Grundkonsens, der bis vor nicht allzu langer Zeit ein wesentliches Element für den Zusammenhalt und das Funktionieren der Europäischen Union war, aufgekündigt: „Das Paradigma, das zur Gründung der Europäischen Union führte – dass Deutschland angeleint und eingedämmt würde – verändert sich. Deutschland hat nicht nur seine Stimme wiedergefunden, es beginnt damit, seine nationalen Interessen zu formulieren und an ihnen festzuhalten. [...] In Deutschland hat sich ein Konsens herausgebildet, dass es an Deutschland sei, die Regeln der Eurozone neu zu gestalten. Als Ankermitglied der Europäischen Union hat Deutschland hierfür gute Argumente. Aber das war nicht die ‚Union‘, der sich der Rest Europas verschrieben hat.“<sup>83</sup>

Es war abzusehen, dass eine Reaktion hierauf nicht lange auf sich warten lassen würde – und sie war massiv!

Noch im Jahr 2003 waren es Frankreich und Deutschland, die sich (zusammen mit einigen anderen EU-Ländern) dem vor allem von Großbritannien (und u.a. Polen) unterstützten US-Angriff gegen den Irak widersetzen.<sup>84</sup> Doch schon kurze Zeit später traten schwere Zerwürfnisse in der traditionellen deutsch-französischen Achse zu Tage. Ein deutliches Zeichen für die sich verschlechternden Beziehungen war das Gerangel um den Schwerpunkt der Nachbarschaftspolitik. Für Deutschland (und seine Konzerne) lag und liegt er traditionell im Osten, während vor allem Frankreich darauf drängen wollte, die südliche Dimension zu stärken – und zwar ohne sich dabei von Berlin hineinreden lassen zu wollen. Hierfür wollte Paris eine Mittelmeer-Union gründen, die außerhalb des EU-Rahmens angesiedelt und damit einer deutschen Einflussnahme entzogen sein sollte: „Dem wachsenden Einfluss der nord- und osteuropäischen Länder sollte ein südlicher Schwerpunkt entgegengesetzt werden, mit Frankreich als Führungsmacht“, analysierte die *FAZ*.<sup>85</sup> Schlussendlich gelang es Deutschland aber doch, die Mittelmeer-Union mit dem EU-Lasso wieder einzufangen und Frankreichs Ambitionen so einen heftigen Schlag zu versetzen: „Die Mittelmeerunion wurde schließlich im Sommer 2008 gegründet und nahm im Mai 2010 ihre Arbeit auf. Doch Deutschland hatte sich weitgehend durchgesetzt.“<sup>86</sup>

Nahezu zeitgleich mit dem Arbeitsantritt der Mittelmeer-Union begann Deutschland im Zuge der Eurokrise seinen Dominanzanspruch immer ruppiger durchzusetzen. Hierauf reagierten Frankreich und Großbritannien im November 2010 mit einem formellen Vertrag, der umfassende Kooperationen im Militärbereich beinhaltet. Auch wenn ein Motiv sicher darin besteht, Kosten zu senken, so handelt es sich hierbei vor allem um eine Art Bündnis gegen das deutsche Vormachtstreben – nicht umsonst ist häufig von einem „Verteidigungspakt“ die Rede.<sup>87</sup> Er sieht u.a. den Aufbau einer gemeinsamen Eingreiftruppe und die Zusammenarbeit bei der Erforschung neuer Waffensysteme vor, sogar im hochsensiblen Nuklearwaffenbereich. Besonders bemerkenswert ist daran, dass diese Vereinbarungen vollkommen außerhalb des EU-Rahmens erfolgten, was vor allem für Frankreich eine extreme Kehrtwende darstellt. Paris hatte sich bis dato stets für eine Stärkung der EU-Kompetenzen im Militärbereich eingesetzt, scheint aber derzeit (ebensowenig wie London, das hier aber schon immer bremst) aus nachvollziehbaren Gründen wenig Begeisterung an den Tag zu legen, einem ‚deutschen Europa‘ mehr Kompetenzen in diesem Bereich abzutreten. Der Idee einer von der EU befehligten ‚Militärmacht Europa‘ wurde damit jedenfalls ein schwerer Schlag versetzt. „Der militärische

Schulterschluss mit London ist im Grunde eine Beerdigung der bisherigen eigenständigen EU-Militärpolitik, die auch von Berlin stets forciert worden war.“<sup>88</sup>

Den bislang letzten Akt in dieser Aufführung stellten dann die Auseinandersetzungen um den Libyen-Krieg dar, die klar zeigten, dass die ‚Stabilisierung‘ des imperialen Großraums – zumindest derzeit noch – durch die auseinanderdriftenden Positionen Frankreichs und Großbritanniens einerseits sowie Deutschlands auf der anderen Seite massiv erschwert wird: „Zugespitzt: Paris brauchte einen (natürlich erfolgreichen) Militäreinsatz, um den deutschen Führungsanspruch im ökonomischen Bereich auszubalancieren. Da kam der Libyen-Konflikt wie gerufen.“<sup>89</sup> Deutschland wiederum war augenscheinlich nicht gewillt, dies hinzunehmen und torpedierte die französischen Anstrengungen nach Kräften: „Tatsächlich zeigt die deutsche Enthaltung im UN-Sicherheitsrat zweierlei: Zum einen, dass Berlin nicht mehr bereit ist, außenpolitische Zugeständnisse an europäische Rivalen wie etwa Frankreich zu machen; entsprechend scharf sind die Äußerungen aus Paris, wo es heißt, die Stimmenthaltung sei ein ‚Fehler mit unabsehbaren politischen Kosten‘. Zum anderen lässt sie erkennen, dass in Berlin mittlerweile der Wille nicht nur zum ‚europäischen‘ Alleingang – wie im Falle des Krieges gegen den Irak 2003 –, sondern auch zum nationalen Alleingang vorhanden ist.“<sup>90</sup>

Im Ergebnis hat der Libyen-Krieg, auch in der Einschätzung der GoGS, zwar die britisch-französische Achse gestärkt, das Ziel eines imperialen und militarisierten EU-Superstaats rückte mit ihm jedoch in noch weitere Ferne<sup>91</sup> – hoffentlich jedenfalls, bedenkt man, was hierfür gegebenenfalls erforderlich sein könnte.

#### 4. Kritik: Eine Geostrategie für's Desaster

Trotz der zuvor beschriebenen Probleme ist die GoGS zuversichtlich, die nationalen Souveränitätsansprüche überwinden und sukzessive einen ‚Superstaat Europa‘ etablieren zu können.<sup>92</sup> Allerdings ist fraglich, wie die beschriebenen Interessensunterschiede zwischen den EU-Großmächten ohne schwere Auseinandersetzungen eingeebnet werden können. Doch selbst für den unwahrscheinlichen Fall, dass dies gelingen sollte, stellt sich die Frage, wem ernsthaft an einer ‚Supermacht Europa‘ gelegen sein kann. Schon vor einigen Jahren beschrieb die einflussreiche Bertelsmann-Stiftung, die ebenfalls mit einer Vertreterin im GoGS-Beirat sitzt, in dem Papier „Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien“ die von ihr bevorzugte Zukunftsperspektive folgendermaßen: „Im Szenario Supermacht Europa wird das große



Folien einer Powerpoint-Präsentation von James Rogers und Luis Simón, gehalten vor dem Ausschuss Sicherheit und Verteidigung des Europäischen Parlaments am 30. März 2009.



Europa seinem objektiven Weltmachtpotential gerecht. Die Europäische Union nutzt ihre materiellen und institutionellen Ressourcen in vollem Umfang. Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Bevölkerungszahl, militärisches Potential und das europäische Wertesystem bieten ihr eine beachtliche Handlungsbasis. [...] Die Supermacht Europa verabschiedet sich endgültig von der Idee einer Zivilmacht und bedient sich uneingeschränkt der Mittel internationaler Machtpolitik. [...] Die sich stetig in Richtung einer Supermacht Europa entwickelnde Europäische Union erweist sich als ein äußerst offenes System, das auch im Prozess der Staatswerdung fähig ist, neue Mitglieder aufzunehmen. Damit ist die EU global das einzige System, das territorial kontinuierlich expandiert.<sup>93</sup>

#### 4.1 EU-Superstaat durch Krieg?

Mit alarmistischen Tönen propagieren James Rogers und Luis Simón die Notwendigkeit zur Bildung eines europäischen Superstaats: „Die Europäer stehen gegenwärtig vor zwei Möglichkeiten für die Zukunft: eine Zukunft der Macht oder eine Zukunft des Ruins. Dazwischen gibt es keine Alternativen: wir können entweder die Herrscher bleiben oder zu Beherrschten werden. Wir Europäer stehen vor einer ‚Bürgerkriegssituation‘ [‚Civil War‘ moment] wie es die Amerikaner einst auch taten: wir sind am Scheideweg, an dem wir entweder das Handtuch werfen oder wir machen einen qualitativen Sprung vorwärts in Richtung weiterer Vereinigung. Ein Versagen bei der Integration könnte zur Auflösung an allen Fronten und zum Ende der Sicherheiten und Annehmlichkeiten der vergangenen sechzig Jahre führen – mit möglicherweise verheerenden Konsequenzen sowohl für die Europäer als auch für die Welt.“<sup>94</sup>

Ihre Alternative, die Gründung eines EU-Superstaates, ist jedoch ein Rezept fürs Desaster. Wie bereits beschrieben, haben Staaten (bzw. ihre Konzerne) ganz unterschiedliche Interessen. Einigen mag mit einer Einigung gedient sein, anderen sicher nicht. Wie diese vorhandenen Unterschiede ohne Konflikte überwunden werden sollen, bleibt völlig unklar. Genau hier ist der offene Verweis auf den amerikanischen Bürgerkrieg überaus Besorgnis erregend. So kommen andere Geopolitiker wie die Analysten von *Strategic Forecast* (Stratfor) zu dem Ergebnis, die Gründung eines EU-Superstaats sei - ganz ähnlich wie es das amerikanische ‚Vorbild‘ nahelegt - nur unter einer Bedingung möglich: „Die Amerikaner kämpften von 1861 bis 1865 den blutigsten Krieg ihrer Geschichte über die Frage von Zentralmacht versus lokaler Macht. [...] Es brauchte drei ähnliche europäische Kriege

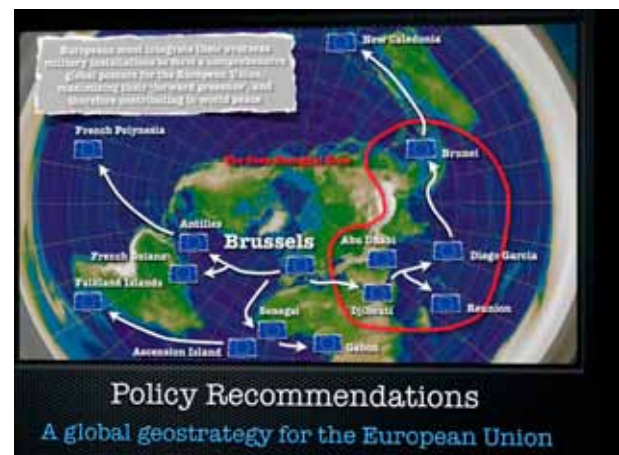
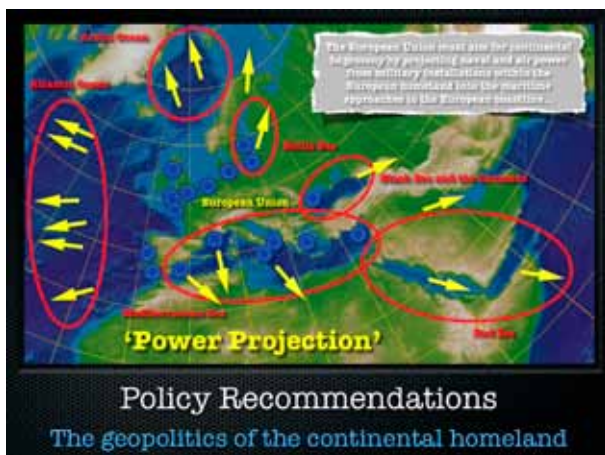
– ebenfalls im 19. Jahrhundert - für die dutzenden deutschen Fürstentümer, um schließlich zu dem zusammenschmelzen, was heute als Deutschland bekannt ist. [...] Wir verwenden den Amerikanischen Bürgerkrieg oder die deutschen Kriege zur Wiedervereinigung als Vergleich nicht leichtfertig. Stratfor betrachtet es als unmöglich, in Friedenszeiten eine vereinigte europäische politische Autorität zu schaffen.“<sup>95</sup>

Doch auch wenn Mittel und Wege gefunden werden, den Integrationsprozess auf ‚friedlichem‘ Wege massiv zu forcieren, ist damit aus friedenspolitischer Sicht nichts gewonnen. Dies kann nämlich nur gelingen, wenn sich alarmistische und übertriebene Bedrohungsszenarien zunehmend etablieren und handlungsleitend werden.

#### 4.2 Neuer Kalter Krieg als self-fulfilling prophecy

In GoGS-Publikationen werden die „räuberischen Absichten“ Russlands und Chinas betont und beide Länder vor einer „unerwünschten Einmischung“ (meddling) in die ‚Grand Area‘ gewarnt. Hier zeigt sich, nach welchen Prioritäten James Rogers seine ‚Grand Area‘ zusammengebastelt hat (siehe Kapitel 2.1). Denn es gibt einen offensichtlichen Gegensatz zwischen rohstoffreichen und für Handelswege relevanten Regionen (Kriterien 1 und 2) und dem Ziel, nur Länder inkorporieren zu wollen, die möglichst geringen ‚geopolitischen Ballast‘ mit sich führen, die also wenig Konfliktpotenzial bergen (Kriterien 3 und 4). Sowohl für die kaspische Region als auch für Ostasien treffen lediglich die Kriterien 1 und 2 zu – ‚Interesse toppt Frieden‘ könnte man also überspitzt formulieren.

Die kaspische Region ist per se für Russland von höchstem Interesse und die europäischen (sowie amerikanischen) Versuche, dort zunehmend die Kontrolle an sich zu reißen, sind ein wesentlicher Grund für die sich stetig verschlechternden westlich-russischen Beziehungen. Dennoch wird gefordert, die Region in den europäischen imperialen Großraum zu integrieren sowie neue Militärstützpunkte dort zu errichten. Gleichzeitig wird Russland mehr oder minder offen angewiesen, sich aus einer Region herauszuhalten, die von Moskau als traditionelle Einflussphäre betrachtet wird. Russland seinerseits beantwortet dies in exakt derselben Weise, indem es sich die „unerwünschte Einmischung“ der Europäischen Union in seiner Nachbarschaft verbietet.<sup>96</sup> Auch die geforderte Kontrolle der maritimen Handelsrouten in Ostasien wird garantiert zu Konflikten mit China führen. Tatsächlich lässt sich schon heute feststellen, dass die zunehmenden geopolitischen Rivalitäten buchstäblich auch auf das Meer über-



schwappen.<sup>97</sup> Wer vor einer Zunahme geopolitischer Rivalitäten in der Region warnt, um im selben Atemzug die Europäische Union aufzufordern, eine machtpolitisch ambitioniertere Rolle dort zu spielen, trägt einen erheblichen Anteil an der Verschärfung dieser Konflikte.

Indem der machtpolitische Aufstieg anderer Länder per se als Bedrohung bewertet wird, wird es unvermeidlich, dass die heraufziehende Blockkonfrontation weiter forciert und ein Neuer Kalter Krieg somit zu einer self-fulfilling prophecy wird.

### 4.3 Imperiale Hybris

Wie für Anhänger der ‚realistischen‘ Denkschule üblich, spielen in den Überlegungen primär Großmächte eine Rolle, kleinere Länder finden nur unter bestimmten Umständen überhaupt Erwähnung: „Nicht nur die stärksten Mächte sind von Bedeutung. Partnerschaften mit kleineren ‚Schlüsselländern‘ oder ‚geopolitischen Anker‘, die sich in vitalen Regionen befinden, sind ebenfalls von Bedeutung.“<sup>98</sup> Diese Sichtweise schlägt sich direkt in der Konzeption der ‚Grand Area‘ nieder, die ein extremes Zentrum-Peripherie-Gefälle aufweist, das typisch für imperiale Großräume ist. Länder, die sich innerhalb der ‚Grand Area‘ – aber außerhalb der Europäischen Union – befinden, haben nach der Pfeife Brüssels zu tanzen, ohne über dessen Politik in irgendeiner Weise mitbestimmen zu können. Es ist die Europäische Union (bzw. ihre Führungsmächte), die sich für die ‚Grand Area‘ die Definitionshoheit anmaßt, was „Halsstarrigkeit“ und „Fehlverhalten“ darstellt und sich gleich noch das ‚Recht‘ herausnimmt, derart renitentes Verhalten militärisch abzustrafen. Entlarvend ist die Begrifflichkeit, die Rogers in einem früheren Artikel statt der ‚Grand Area‘ verwendete: „European Commonwealth“.<sup>99</sup>

Schon in früheren Imperien lag die Präferenz stets auf ‚indirekten‘ Ausbeutungsmechanismen, während das Militär vorzugsweise im Hintergrund als Absicherung agieren sollte. Auch James Rogers befürwortet eindeutig eine solche Strategie: „Es sollte keiner Erwähnung bedürfen, dass dieses Konzept nicht eine militaristische oder aggressive Strategie, sondern vielmehr subtil, abgestuft und solide sein sollte.“<sup>100</sup> Doch egal ob in – vermeintlich – ‚gutwilliger‘ Absicht oder aus räuberischen Motiven, Menschen wollen weder direkt noch indirekt von einem imperialen Zentrum kontrolliert werden und sie werden sich hiergegen auflehnen. Bei früheren Imperien führten diese Revolten dann sukzessive zu immer brutaleren Unterdrückungsmethoden: „Das Problem einer eher auf ökonomische als militärische Überlegenheit gestützten Imperiumsbildung besteht freilich darin, dass sie bei der Sicherung der neu erschlossenen Wirtschaftsräume auf militärische Präsenz nicht verzichten kann. Solange hierfür der Einsatz kleinerer Kontingente ausreicht, bereitet das keine ernststen Schwierigkeiten. [...] Das ändert sich, wenn Aufstände ausbrechen und sich Unruhen ausbreiten, die eine langfristige Entsendung größerer Truppeneinheiten erforderlich machen.“<sup>101</sup> Es gibt kaum ein plausibles Argument, weshalb eine solche Dynamik nicht auch in der ‚Grand Area‘ auftreten sollte.

### Fazit: Konstruierte ‚Wahrheiten‘ und kapitalistische Realitäten

Geopolitiker nehmen für sich in Anspruch, die Welt ‚realistisch‘ zu sehen und werfen Kritikern vor, sich ein Wolkenkuckuckshaus zurechtzuwünschen, das nichts mit der Wirklichkeit zu tun habe. Zustimmend zitiert James Rogers etwa den US-Geopolitiker Colin S. Gray – im Übrigen u.a. ein Befürworter ‚rationaler‘ Atomkriege<sup>102</sup> – mit den Worten: „Gray zeigt schlüssig, warum

die Geopolitik so unpopulär geworden ist: ‚Geopolitik beschreibt die Welt wie sie ist und tendiert dazu, skeptisch gegenüber den Aussichten für Fortschritte auf dem Weg zu dauerhaftem Frieden zu sein.“<sup>103</sup> Wenn auf diesem Weg bleibende ‚Wahrheiten‘ zementiert werden, stellt sich tatsächlich nicht mehr das ‚Warum‘, sondern nur noch das ‚Wie‘ einer auf Machtmaximierung abzielenden Expansionspolitik.

Selbstverständlich spielen Macht und Krieg eine zentrale Rolle in den internationalen Beziehungen. Die Frage sollte aber sein, weshalb dies der Fall ist – und wie dieser Zustand überwunden werden kann. Wie aus der vorigen Auseinandersetzung mit den Zielen und Widersprüchen des imperialen Raumkonzeptes der ‚Group on Grand Strategy‘ deutlich geworden sein sollte, kann hierfür weder eine pauschale Forderung nach einer weiteren Integration in Richtung der ‚Vereinigten Staaten von Europa‘ und noch weniger die Stärkung der Nationalstaaten um den Preis eines ein ‚deutschen Europas‘ eine positive Rolle spielen. Sie sind beides unterschiedliche Spielarten derselben friedenspolitisch verheerenden Interessen europäischer Staaten (und Konzerne<sup>104</sup>). Sie zeigen allerdings auch, dass augenscheinlich kein einheitliches europäisches Expansionsinteresse existiert. Vielmehr gibt es unterschiedliche Stoßrichtungen und Schwerpunkte, aus denen sich die Widersprüche und Realitäten der EU-Politik erklären lassen.

Diese Zusammenhänge müssen genauer herausgearbeitet werden, indem die Methoden und Ideologien, die diese geostrategischen Expansionsbemühungen verschleiern bzw. legitimieren, mithilfe einer ‚kritischen Geopolitik‘<sup>105</sup> aufgezeigt und entlarvt werden: „Ziel ist es, die ideologische Substanz der Rechtfertigungen von Weltpolitik aufzudecken und die Bindung an die Interessen bestimmter Akteure zu dokumentieren. Indem Geopolitik als soziales Phänomen aufgefasst wird, ‚verliert die Geopolitik ihren Status als Prophetin einer gleichsam naturgegebenen Wahrheit. Sie wird umgekehrt als eine diskursive Praxis aufgefasst, mit deren Hilfe die scheinbar natürliche räumliche Ordnung der internationalen Politik erst (re-)produziert wird.“<sup>106</sup>

### Anmerkungen

- 1 Geostrategie und Geopolitik spielten zwar nicht auf EU-Ebene, durchaus aber in einigen Einzelstaaten – insbesondere in Frankreich und Großbritannien – auch während des Kalten Krieges eine wichtige Rolle. In Deutschland waren sie jedoch insbesondere aufgrund der von Karl Haushofer 1924 gegründeten ‚Zeitschrift für Geopolitik‘, die zu einem Propagandaorgan der nationalsozialistischen Ideologie wurde, diskreditiert. Vgl. Wikipedia: Geopolitik.
- 2 Guérot, Ulrike/Witt, Andrea: Europas neue Geostrategie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (B 17/2004), S. 6-12, S. 6f.
- 3 Vgl. Bieling, Hans-Jürgen: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, Wiesbaden 2010, S. 53.
- 4 Europäische Sicherheitsstrategie: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Dezember 2003; Institute for Security Studies (Hg.): European Defence - A Proposal for a White Paper, Report of an independent Task Force, Paris, Mai 2004.
- 5 Vgl. Balogh, István: Crafting a ‚grand design‘: Are Europeans reviving the concept of ‚grand strategy‘?, Group on Grand Strategy, Strategic Snapshot Nr. 1/Juli 2011.
- 6 Die Gruppe hat sich erst im Sommer 2011 offiziell gegründet, ihr Publikationsorgan ‚European Geostrategy‘ (EUGeo: <http://europeangeostrategy.ideasonueurope.eu/>) existiert aber bereits seit Längerem, die ersten Veröffentlichungen stammen dort aus dem August 2009.
- 7 So stellt etwa das „Manifest“ (<http://www.grandstrategy.eu/manifest>)

- festo.html) der Gruppe, dem die einzelnen Beiratsmitglieder augenscheinlich zustimmen, eine Zusammenfassung der Positionen der beiden Protagonisten Rogers und Simón dar.
- 8 Rogers, James/Simón, Luis: The new 'long telegram': Why we must re-found European integration, Group on Grand Strategy, Long Telegram No. 1/Sommer 2011, S. 4.
  - 9 Rogers, James: A New Geography of European Power?, Egmont Paper Nr. 42, Januar 2011, S. 12.
  - 10 Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>
  - 11 Guérot/Witt: Europas neue Geostrategie, S. 6.
  - 12 „Je mehr geopolitische Auseinandersetzungen in den Medien weltweit und fast zeitgleich präsent sind, desto bedeutender werden geopolitische Bilder, Karten und Diskurse mit ihrer vergrößernden, komplexitätsreduzierenden Wirkung für die Herstellung von Bündnissen und Massenloyalitäten in den jeweiligen Bevölkerungen.“ (Reuber, Paul/Wolkersdorfer, Günter: Macht, Politik und Raum: <http://www.politische-geographie.de/Docs/PolGeoForschungsjournal.pdf>).
  - 13 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 3. Vgl. bspw. auch Youngs, Richard: Europe's challenge is to shake-off inertia before it becomes paralysis, in: Europe's World (Spring 2011). Vgl. für eine der wenigen Gegenpositionen Delpech, Thérèse: The Decline of the West, New York Times, 21.12.2009.
  - 14 Rogers, James/Simón, Luis: The top ten geopolitical events of the last decade, EUGeo, 05.01.2011.
  - 15 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 3f.; vgl. auch Simón, Luis/Rogers, James: British Geostrategy for a new European Age, RUSI Journal, April/May 2011, Vol. 156, No. 2, S. 52-58, S. 52.
  - 16 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 22.
  - 17 Vgl. etwa Kagan, Robert: Die Demokratie und ihre Feinde, Bonn 2008; Busse, Nikolaus: Entmachtung des Westens: die neue Ordnung der Welt, Berlin 2009; Wijk, Rob de: The consequences for Europe of the global crisis, in: Europe's World, Autumn 2009. Vgl. hierzu ausführlich Wagner, Jürgen: Metamorphose der Geopolitik: Westlicher Vormachtanspruch und der drohende Neue Kalte Krieg, in: IMI (Hg.): Krisenmanagement: „Sicherheitsarchitektur“ im globalen Ausnahmezustand, Tübingen 2010, S. 5-14.
  - 18 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 6.
  - 19 Rogers, James/Simón, Luis: Forecasting the next decade, EUGeo, 06.01.2010.
  - 20 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 4.
  - 21 Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>
  - 22 Group on Grand Strategy: <http://www.grandstrategy.eu/>; vgl. auch das Buch eines Mitglieds im GoGS-Beirat: Biscop, Sven: Europa: strategie voor een wereldmacht, Ghent 2010.
  - 23 Group on Grand Strategy: Manifesto: <http://www.grandstrategy.eu/manifesto.html>
  - 24 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 2.
  - 25 Book Reviews: Sven Biscop: Europa: strategie voor een wereldmacht, Ghent 2010, European Foreign Affairs Review 15, S. 577-579, S. 578.
  - 26 Toje, Asle: Europe Losing Ground, atlantic-community.org, 22.09.2011.
  - 27 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 12.
  - 28 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 8f.
  - 29 Biscop, Sven/Coelmont, Jo: Europe Deploys Towards a Civil-Military Strategy for CSDP, Egmont Paper 49, Juni 2011, S. 26.
  - 30 Rogers/Simón: The top ten geopolitical events of the last decade.
  - 31 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 4 und 8. Hervorhebung JW.
  - 32 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 4.
  - 33 Vgl. zur Definition europäischer Interessen auch die beiden GoGS-Beiräte Biscop/Coelmont: Europe Deploys Towards a Civil-Military Strategy for CSDP, S. 3.
  - 34 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 21.
  - 35 Chalmers Johnson: Der Selbstmord der amerikanischen Demokratie, München 2003.
  - 36 Rogers, James: Mapping the European Union's interests, EUGeo, 18.01.2011.
  - 37 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 4.
  - 38 Ebd.
  - 39 Ebd., S. 23.
  - 40 Deutscher Friedensrat: EU-Militärstützpunkte, o.J.: [http://www.deutscher-friedensrat.de/materialien\\_005.htm](http://www.deutscher-friedensrat.de/materialien_005.htm)
  - 41 Rogers, James: From Suez to Shanghai: The European Union and Eurasian Maritime Security, EUISS Occasional Paper Nr. 77, 3/2009; Rogers, James/Simón, Luis: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union and their Potential Role for the European Security and Defence Policy (ESDP), Policy Department External Policies, Briefing Paper, February 2009.
  - 42 Rogers/Simón: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union, S. 3.
  - 43 Dieses Zitat stammt aus einer im SEDE von James Rogers verwendeten Powerpoint-Präsentation. Sie kann hier eingesehen werden: <http://www.globalpowereurope.eu/>
  - 44 Rogers/Simón: The Status and Location of the Military Installations of the Member States of the European Union, S. 5.
  - 45 Ebd., S. 26.
  - 46 Auch dieses Zitat ist der oben erwähnten Powerpoint-Präsentation entnommen.
  - 47 Balogh: Crafting a 'grand design', S. 3f.
  - 48 Ebd., S. 2.
  - 49 Auffällig ist etwa, wie weit sich die GoGS-Positionen mit denen decken, die im derzeit wohl wichtigsten Sammelband zur Zukunft der EU-Militärpolitik vertreten werden. Vgl. Vasconcelos, Álvaro de (Hg.): Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020, Institut für Sicherheitsstudien, Paris, Mai 2011.
  - 50 Balogh: Crafting a 'grand design', S. 5.
  - 51 Rogers, James: A diagram of European 'grand strategy', EUGeo, 14.09.2011.
  - 52 Whitney, Nick: Re-energising Europe's Security and Defence Policy, ECRF Policy Paper, Juli 2008.
  - 53 Helbig, Robert: Beyond Pooling and Sharing: Open Europe's Markets, <http://www.atlantic-community.org>, 15.09.2011.
  - 54 Vgl. bspw. Vasconcelos: Perspektiven für die europäische Verteidigung 2020.
  - 55 Ein anderer wichtiger Faktor dürfte die Skepsis der Bevölkerung sowohl gegenüber ausufernden Militäreinsätzen als auch gegenüber substanziellen Erhöhungen der EU-Rüstungsausgaben sein (de facto wird mehrheitlich eine drastische Reduzierung befürwortet).
  - 56 Rogers, James/Simón, Luis: After Libya: Consequences, futures and options, EUGeo, 19.09.2011.
  - 57 So dürften Frankreich und Großbritannien auch kaum der Forderung von Rogers und Simón nachkommen, für die Umsetzung einer maritimen Geostrategie ihre ausländischen Militärbasen der Europäischen Union zu überschreiben, solange sie Sorge haben, dass dadurch ihre Interessen negativ betroffen werden könnten.
  - 58 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 3.
  - 59 Vgl. zu Coopers Rolle und Einfluss Foley, Frank: Between Force and Legitimacy: the Worldview of Robert Cooper, EUI-RSCAS Working Paper 2007/09.
  - 60 Leonard, Mark: Why Europe will run the 21st Century, New York 2005.
  - 61 Vgl. Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Welt-



- macht werden muss, München 2007; Zielonka, Jan: Europe as Empire: The Nature of the Enlarged European Union, New York 2006; Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft, Bonn 2005; Cooper, Robert: The Breaking of Nations: Order and Chaos in the Twenty-First Century, London 2003.
- 62 „Dimensionen eines Imperiums“, Interview mit José Manuel Barroso, Die Welt, 17.10.2007.
- 63 Europäische Nachbarschaftspolitik: Strategiepapier, Mitteilung der Kommission, Brüssel, den 12.5.2004, KOM(2004) 373 endgültig.
- 64 Posener: Imperium der Zukunft, S. 101.
- 65 Renard, Thomas: Libya and the Post-American World: Implications for the EU, Egmont Security Policy Brief Nr. 20, April 2011, S. 5; vgl. auch Simón/Rogers: British Geostrategy for a new European Age, S. 56; Biscop/Coilmont: Europe Deploys, S. 21.
- 66 Posener: Imperium der Zukunft, S. 217.
- 67 Rogers, James: After Egypt: towards a geopolitics of democracy?, EUGeo, 13.02.2011.
- 68 Vgl. Wagner, Jürgen: Libyen-Krieg: Die Machtfrage ins Ausland verlagern, IMI-Studie 2011/04.
- 69 Rogers/Simón: After Libya: Consequences, futures and options.
- 70 Biscop, Sven: Mayhem in the Mediterranean: Three Strategic Lessons for Europe, Egmont Security Policy Brief Nr. 19, April 2011, S. 7.
- 71 Vgl. zur verdeckten deutschen Kriegsunterstützung Pflüger, Tobias: Der Krieg nebenan, der niemanden interessiert, IMI-Analyse 2011/035.
- 72 Wie es zu dem deutschen Jein kam, Spiegel Online, 22.03.2011.
- 73 Simón, Luis: The politics behind Europe's Libya split, EUGeo, 22.03.2011.
- 74 Rogers/Simón: After Libya: Consequences, futures and options.
- 75 Rogers/Simón: The top ten geopolitical events of the last decade.
- 76 Schwarz, Peter: Der Krieg in Libyen und die Krise der Europäischen Union, World Socialist Web Site, 14.05.2011.
- 77 „Die deutsche Wirtschaft hat von der Einführung des Euro in hohem Maße profitiert. Die deutschen Exporte haben sich zwischen 1990 – dem Jahr der Wiedervereinigung – und 2008 fast verdreifacht: von 348 auf 984 Milliarden Euro. Auch die Importe sind stark gestiegen: von 293 auf 806 Milliarden Euro. [...] Die Folge war ein starker Anstieg der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa. Während Deutschland steigende Außenhandelsüberschüsse erzielte, wuchsen in Frankreich und England die Defizite. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt erzielte Deutschland 2008 einen Außenhandelsüberschuss von 7,1 Prozent. Frankreich wies dagegen ein Defizit von 3,5 Prozent aus, England von 6,6 Prozent und Polen von 6,8 Prozent.“ (vgl. ebd.).
- 78 Verantwortlich sind insbesondere auch die maßgeblich von Deutschland durchgedrückten Euro-Stabilitätskriterien: „Die europäische Gemeinschaftswährung nahm den Euro-Ländern, die dieser deutschen Exportoffensive ausgesetzt waren, die Möglichkeit, mittels einer Währungsabwertung die Konkurrenzfähigkeit ihrer Wirtschaft wiederherzustellen. Das daraus erwachsene enorme ökonomische Ungleichgewicht zeigt sich drastisch an dem Pleitekandidat Griechenland, der in 2008 deutsche Waren im Wert von 8,3 Milliarden Euro einfuhrte, während die Exporte sich lediglich auf 1,9 Milliarden Euro summierten.“ (Konicz, Tomasz: Pleite made in BRD, junge Welt, 09.02.2009).
- 79 Beck, Ulrich: Deutscher Euro-Nationalismus, Berliner Zeitung, 03.10.2010.
- 80 Rinke, Andreas: Die EU-Kanzlerin. Angela Merkel überträgt ihren Regierungsstil auf die europäische Ebene, Internationale Politik 1/2011 (Online).
- 81 Guérot, Guerot/Leonard, Mark: Die neue Deutsche Frage: Welches Deutschland braucht Europa?, ECFR Policy Brief, April 2011, S. 5.
- 82 Vgl. Hellmann, Günther: Normativ nachrüsten. Deutschlands neue Rolle in der Welt und wie sie zu gestalten wäre, in: Internationale Politik, Oktober 2010.
- 83 Zeihan, Peter: Germany: Mitteleuropa Redux, Stratfor, 16.03.2010.
- 84 Auch für diese Entscheidung spielten aber natürlich machtpolitische Erwägungen – insbesondere die Ablehnung des US-Vormachtsanspruchs - die wesentliche Rolle und nicht etwa ein pazifistischer Impuls.
- 85 Zit. nach Cremer, Uli: Komplexes Gemisch: Die westlichen Mächte und der Libyen-Krieg, in: Wissenschaft & Frieden 4/2011.
- 86 Schwarz: Der Krieg in Libyen und die Krise der Europäischen Union.
- 87 Vgl. etwa Verteidigungspakt besiegelt, taz, 03.11.2010.
- 88 Cremer: Komplexes Gemisch; vgl. auch Libya Highlights Europe's Defense Dilemma, The Wall Street Journal Europe, 02.11.2011. Zwar weisen einige Beobachter darauf hin, dass sich die Zusammenarbeit auch positiv für die EU-Militarisierung auswirken könnte, dies dürfte aber – wenn überhaupt – allenfalls mittel- bis langfristig der Fall sein. Vgl. Jones, Ben: Franco-British military cooperation: a new engine for European defence? Occasional Paper - n°88, February 2011.
- 89 Cremer: Komplexes Gemisch.
- 90 Der erste Alleingang, german-foreign-policy.com, 22.03.2011.
- 91 Rogers/Simón: After Libya: Consequences, futures and options.
- 92 Balogh: Crafting a 'grand design', S. 5.
- 93 Algieri, Franco/Emmanouilidis, Janis/Maruhn, Roman: Europas Zukunft – Fünf EU-Szenarien, Centrum für angewandte Politikforschung, München 2003, S. 13f.
- 94 Rogers/Simón: The new 'long telegram', S. 6.
- 95 Zeihan, Peter: Europe: The New Plan, Stratfor, 21.12.2010.
- 96 Russia calls on EU to halt talks on Caspian gas pipeline, Reuters, 13.11.2011.
- 97 Vgl. Seifert, Andreas: Meer erleben. Chinas Armada auf dem Weg ins 21. Jahrhundert, IMI-Studie 2009/015.
- 98 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 1.
- 99 Rogers, James: Towards a "Greater Europe"?, 05.03.2008: <http://www.globalpowereurope.eu/2008/03/towards-greater-europe.html> (18.03.2008).
- 100 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 25.
- 101 Münkler: Imperien, S. 241.
- 102 Gray, Colin S./Payne, Keith: Sieg ist möglich, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1980.
- 103 Rogers: A New Geography of European Power?, S. 7.
- 104 Vgl. zum Einfluss von Wirtschaftsinteressen auf den EU-Expansionsprozess Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis - ökonomische Triebkräfte - soziale Folgen, Wien 2007; Binus, Gretchen: Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik, Die Linke im Bundestag, Juni 2010; Bieling: Die Globalisierungs- und Weltordnungspolitik der Europäischen Union, S. 79.
- 105 Der Begriff beschreibt eine eigene Forschungsdisziplin, die sich aber bislang vor allem auf die Kritik an der US-Geopolitik konzentriert. Als Standardwerk gilt Tuathail, Gearóid Ó: Critical Geopolitics: The Politics of Writing Global Space. Minneapolis 1996.
- 106 Helmig, Jan: Geopolitik - Annäherung an ein schwieriges Konzept, Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ 20-21/2007), S. 31-37. Das Zitat stammt von Klaus Kost, Begriffe und Macht. Die Funktion der Geopolitik als Ideologie, in: Geographische Zeitschrift, 74 (1986), S. 14-33.